

Bildung und Ausbildung für alle!

Gegen Selektion und Segregation in der Bildung

Positionspapier verabschiedet von der DV der JUSO Schweiz vom 4. Mai 2013

5 Verfasst von:
Hanna Bay, JUSO Graubünden
Dominik Fitze, JUSO Stadt Bern
Stefan Rügger, JUSO Stadt Bern
Florian Vock, JUSO Aargau

10

Einleitung

Bildung und Ausbildung sind zentrale Aufgabe einer aufgeklärten, fortschrittlichen und demokratischen Gesellschaft. In dieser Gesellschaft ist es also Aufgabe des Staates, den Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Menschen zu garantieren. Dieses Ideal wurde in der Schweiz noch nie erreicht: der sozioökonomische Hintergrund, Geschlecht und Migration sind heute für den Bildungsweg ausschlaggebender als die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, Massnahmen zu ergreifen, welche die Segregation und Selektion in der Bildung aufbrechen.

20 Diese Massnahmen müssen gesellschaftsübergreifend und nicht auf individueller Ebene angesiedelt werden. Denn der einzelne Mensch und die Familie sind keine isolierten Einheiten. Sie sind in der Umwelt und Gesellschaft eingebettet und diese lassen sich politisch beeinflussen. Sie sind überdies auf der nationalen und internationalen Ebene zu treffen. Denn die teilweise riesigen kantonalen Unterschiede in den Bildungssystemen verstopfen die Durchlässigkeit der Schweizerischen Bildungslandschaft mitunter erheblich.

25 Wir Jungsozialist_innen setzen uns deshalb für ein gesamtschweizerisches Bildungssystem ein, das allen die Möglichkeit gibt, seinen oder ihren Interessen und Fähigkeiten nachzugehen und niemanden aufgrund von sozialem und wirtschaftlichem Hintergrund, Geschlecht, Migration oder ihrer vorgängigen Bildung ausschliesst oder in bestimmte Bildungswege drängt. Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem profitiert von dieser Chancenungleichheit.
30 Darum ist für uns Jungsozialist_innen klar, dass das Engagement für ein fortschrittliches Bildungssystem auch den Kampf für eine andere Wirtschaft bedingt.

Jeder Mensch nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen

35 Grundlage aller Forderungen und Massnahmen ist unser Verständnis von Bildung: Das Ziel der aufgeklärten Bildung in der Schule sind selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen. Diese sind Grundlage für das Funktionieren einer Demokratie.

Das Ziel jeder Ausbildung ist die Befähigung der Menschen, ihr Leben ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechend gestalten zu können. Im Zentrum steht folglich nicht der Leistungsgedanke. Es sollen nicht möglichst viele Produktivkräfte für den Arbeitsmarkt geschaffen werden. Der einzelne Mensch mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen steht im Zentrum. Diese zu fördern und zu befriedigen ist Aufgabe der Politik. In einem guten Bildungssystem entscheiden nicht Herkunft, Geschlecht oder finanzielle Möglichkeiten über den Bildungsweg, sondern die jeweiligen Fähigkeiten und Interessen.

Bildung und Ausbildung gehören von der Gesellschaft garantiert!

Im heutigen Schulsystem aber gibt es genau diese Chancengleichheit nicht. Mit zunehmenden Zulassungsbeschränkungen, finanzieller Selektion und einer Verknappung des Angebotes können tendenziell nur noch Kinder und Jugendliche von Bildung profitieren, die reiche, bildungsnahe Eltern haben. Damit wird das Bildungsideal der Zugänglichkeit je länger je mehr untergraben.

Die zunehmende Ökonomisierung der Bildung ist überdies eine Gefahr für ihre inhaltliche Qualität. Ziel von qualitativ hochstehender Bildung ist nicht die Versorgung der Wirtschaft mit gleichgeschalteten, unkritischen Pflichterfüller_innen.

Es braucht Massnahmen gegen Selektion und Segregation!

Die nachfolgenden Forderungen sind Ansatzpunkte, Selektion und Segregation im Schulsystem zu bekämpfen. Selektion in der Bildung bedeutet die Zementierung von Ungleichheit in der Gesellschaft und führt konkret dazu, dass ärmeren Menschen und denjenigen aus bildungsfernem Umfeld der Bildungszugang und damit der soziale Aufstieg verwehrt bleibt.

Segregation zeigt sich dann, wenn in Klassen oder Berufen keine Durchmischung stattfindet. Die Verschiedenheiten treten wegen der Kultur, den Bedingungen des Aufwachsens, der Sprache, des Geschlechts, des Alters und der Lernvoraussetzungen auf. Besonders wichtig ist die Herkunft: Wer einen Migrationshintergrund hat, wessen Eltern bildungsfern oder schlicht arm sind, hat nachweislich schlechtere Chancen. Denn dann fehlt einerseits die Unterstützung der Eltern, die sie weder finanziell mit Nachhilfe noch zeitlich beim Lernen unterstützen können. Ihre schulischen Leistungen sind schwächer, sie erhalten weniger oft eine Empfehlung für das Gymnasium und haben es schwerer bei der Lehrstellensuche¹. Für uns ist klar, dass gerade soziale und ökonomische Unterschiede, die zu den unterschiedlichen Chancen im Bildungssystem führen, in erster Linie bei ihrer Entstehung bekämpft werden müssen. Trotzdem sollten auch Massnahmen ergriffen werden, die seitens des Bildungssystems für mehr Chancengleichheit sorgen.

¹ Bildungsbericht, Seite 106

Frühkindliche Erziehung

75 ***Unsere Idee von Bildung und Ausbildung***

In Kitas werden unbestritten wichtige soziale Kompetenzen erworben. Hier werden Kinder professionell betreut und können dank dem entwicklungspsychologischen und pädagogischen Wissen der Betreuenden nach ihren Interessen gefördert werden. Gleiches gilt für den Kindergarten. Er ist eine wichtige Vorbereitung auf das spätere Leben.

80

Bildung und Ausbildung von der Gesellschaft garantiert

Jedes Kind hat ein Recht auf frühkindliche Bildung. Der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot für alle muss vom Staat garantiert werden. Deshalb braucht es in der ganzen Schweiz für alle zugängliche Ganztagesangebote im Bereich der frühkindlichen Betreuung.

85 Der Kindergarten muss für alle obligatorisch werden. Oftmals besuchen Kinder aus weniger integrierten Familien ihn nicht – sei es aus Unwissen oder aus familiären oder sozioökonomischen Gründen. Die Chancengleichheit wird somit bereits im Kindergarten in Frage gestellt.

90 ***Massnahmen gegen Selektion und Segregation***

Das Beispiel der Stadt Bern zeigt, dass der Zugang zu guten Kindertagesstätten (Kitas) immer mehr nur für wohlhabende Familien möglich ist. Auf der Warteliste für staatliche oder subventionierte Betreuungsplätze stehen 1400 Kinder² – gleich viele, wie es Vollzeitbetreuungsplätze gibt. Die betroffenen Eltern müssen auf private Kitas ausweichen, die für sie nicht bezahlbar sind oder zu Dumpingpreisen eine miserable Qualität bieten.

95 Diese Entwicklung zu Zweiklassen-Kitas benachteiligt Familien mit wenig finanziellen und zeitlichen Ressourcen. Sie können weder ihre Kinder in gute Kindertagesstätten schicken, noch haben sie die Zeit, ihre Kinder selber zu betreuen. Darum braucht es ein staatlich betriebenes Kinderbetreuungswesen, welches den Familien sämtlicher Bevölkerungsschichten
100 gleichermassen kostenlos zu Verfügung steht. Ausserdem müssen für pädagogische Massnahmen und die Infrastruktur Mindeststandards für definiert und die Kitas der kantonalen Bildungsdirektion unterstellt werden, damit eine gute Betreuung und anständig bezahltes Personal garantiert werden kann.

² vgl. <http://www.journal-b.ch/de/092012/politik/51/1400-Kinder-warten-auf-Kita-Platz-Kita-Bern-Warteliste-Jugendamt-Kinderbetreuung.htm>

105 **Primarstufe**

Unsere Idee von Bildung und Ausbildung

Die obligatorische Schulzeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Öffentliche Grundschulen sind ein zentraler Teil des demokratischen Staates. Andere Akteur_innen dürfen darin keine Rolle spielen. Die Öffentlichkeit darf darum weder Religions- noch anderen
110 Interessengemeinschaften erlauben, mit Religionsunterricht oder Privatschulen die obligatorische Schulbildung zu übernehmen. Religionsunterricht gehört deshalb ersetzt durch ein Schulfach zur Förderung des interkulturellen Verständnisses. Privatschulen sind in staatliche Bildungseinrichtungen umzuwandeln. Für Kinder mit speziellen Bedürfnissen müssen optimalere Lösungen im Rahmen des staatlichen Schulangebots gefunden werden.

115 Das Ziel der Primarstufe ist nicht nur die Vermittlung von wichtigen Grundlagen in Sprachen, Naturwissenschaften und Mathematik. Wir wollen selbstbewusste und selbstbestimmte Kinder: Fragen der Gesellschaft und Umwelt wie beispielsweise die Thematisierung von Rassismus, Sexismus, Sexualität oder Nachhaltigkeit müssen obligatorischer Bestandteil des Unterrichts sein. Wir fordern ausserdem eine vermehrte Sensibilisierung gegen physische und psychische
120 Gewalt, (Cyber-)Mobbing, Drogen, Homophobie usw.

Doch der Leistungsdruck der kapitalistischen Gesellschaft dringt auch immer mehr in die Primarstufe. Wer dem nicht von Beginn weg entsprechen kann, gerät schnell in Rückstand. Bereits in der Mittelstufe werden Vorentscheide gefällt: Damit wird die Zukunft der Kinder schon mit zehn Jahren bestimmt. Dabei spielt der soziale und wirtschaftliche Hintergrund erneut eine
125 entscheidende Rolle.

Ein Aspekt dieses Leistungsgedankens sind Schulnoten. Sie sind das Produkt eines Leistungstreibens, das unnötig und kontraproduktiv ist. Es bringt die Kinder und Erziehungsberechtigten in einen Vergleichszwang. Noten sind nicht selten willkürlich und gehören darum abgeschafft. Anstelle von Noten sind regelmässige mündliche und schriftliche
130 Rückmeldungen durch die Lehrpersonen anzuwenden. Das bedingt auch ein besseres Betreuungsverhältnis.

Bildung und Ausbildung von der Gesellschaft garantiert

Um allen Kindern den gleichen Bildungszugang zu gewähren, ist die flächendeckende
135 Einführung von Tagesschulen mit Nachhilfe- und Stützkursangeboten unerlässlich. Mit Tagesschulen ist eine individuelle Förderung der Kinder möglich und damit eine umfassende Bildung in allen Bereichen des Lebens. Bildung ist mehr als eine Aneinanderreihung von Schullektionen.

Massnahmen gegen Selektion und Segregation

Der grosse Spardruck in vielen Kantonen führt zu einem Leistungsabbau in den Primarschulen. Die Klassen werden grösser und die Lehrpersonen noch schlechter bezahlt. Durch diese tiefere Qualität und den gleichzeitig erhöhten Leistungsdruck wird die Frage nach den finanziellen Möglichkeiten der Eltern zentral: Die Kinder müssen in Nachhilfe- und Zusatzunterricht oder
145 zusätzliche Fremdsprachen lernen. Wer es sich nicht leisten kann, fällt durchs Netz. Ein

Schulbesuch ohne Nachhilfeunterricht muss aber möglich sein. Darum braucht es bessere Betreuungsverhältnisse und Betreuungsangebote an Schulen. Ausserdem soll auf jeden Schüler eingegangen werden. Hausaufgaben sollen vermehrt in Form von ausserschulischen Projekten erfolgen, welche den Unterrichtsinhalt nicht bloss repetieren, sondern den SchülerInnen einen individuellen und kritischen Umgang mit dem Gelernten ermöglichen.

150

Sekundarstufe I

Unsere Idee von Bildung und Ausbildung

155 Die zwei oder drei Jahre nach der Primarschule sind diejenigen, in denen sich die Ungleichheiten am offensichtlichsten zeigen. In der Sekundarstufe I werden die Pflöcke für die spätere Berufswahl und Ausbildung eingeschlagen. Die Tendenz hin zu Tests, welche vermeintlich Kompetenzen abbilden, ist eine Folge eines schädlichen Leistungs- und Vergleichszwang. Diese Tests liefern kein adäquates Bild der Schüler_innen und gehören abgeschafft.

160 Auch die Sekundarstufe I ist mehr als nur eine Vorbereitung auf einen kommenden Beruf. Hier müssen zentrale Aspekte der Gesellschaft und der Politik vermittelt werden. Umwelt- und gesellschaftliche Fragen gehören dazu, insbesondere politische Bildung und ein vernünftiger Sexualunterricht sind auszubauen. Auch in der Sekundarstufe braucht es Sensibilisierung gegen Gewalt und Diskriminierung.

165

Bildung und Ausbildung von der Gesellschaft garantiert

170 Schüler_innen brauchen Unterstützung – bei der Lehrstellensuche wie auch bei der Vorbereitung für die Aufnahme in Gymnasien, Wirtschafts- oder Fachmittelschulen und immer öfter auch Berufsmaturitätsschulen. In Zürich zeigt sich dieses Problem besonders³: Aus reicheren Gemeinden schafft jede_r Dritte die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium, aus ärmeren nur jede_r Zehnte oder gar Zwanzigste. Der Grund dafür sind nicht nur Fleiss und Ehrgeiz, sondern auch private Vorbereitungskurse, die sich nur reiche Eltern leisten können. Es muss aber Aufgabe der öffentlichen Schule sein, unabhängig von wirtschaftlichen Faktoren all den Kindern die Zulassung zum Gymnasium zu ermöglichen, für die dies die beste Bildungslösung ist.

175

Gleiches gilt auch für jene Jugendlichen, die eine Berufsbildung absolvieren möchten: Der optimale Einstieg in die Berufswelt gelingt ihnen nur, wenn sie gut darauf vorbereitet sind. Auch hier steht die öffentliche Schule in der Pflicht – und nicht über das Portemonnaie der Eltern bezahlte Vorbereitungskurse.

180

Massnahmen gegen Selektion und Segregation

185 Soziale und wirtschaftliche Hintergründe bestimmen auch heute noch, wer eine so genannt höhere Bildung an Mittelschulen erhalten wird und wer den Berufsbildungsweg einschlagen wird. Sowohl für ärmere Kinder wie auch für Kinder aus akademischen und gutbetuchten Familien steht der Bildungsweg tendenziell von vornherein fest.

Zudem beginnt im Alter der Sekundarstufe I die tendenzielle Trennung der Berufswege von Frau und Mann. Während Mädchen auch heute noch viel häufiger Care- und Dienstleistungsberufe einschlagen oder sich eher für Sprachen und bildende Künste interessieren, steigen Knaben immer noch öfter in handwerkliche oder mathematisch-technische Berufe und Ausbildungen

³ vergleiche <http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Keine-Gratisnachhilfe-vor-der-GymiPruefung-/story/20834666>

190 ein⁴. Was dabei fehlt, ist die transparente Vermittlung möglicher Berufswege. Nur so können
diese alten, überkommenen Muster angegriffen und schliesslich neutralisiert werden. Es braucht
Transparenz in der Karrierewahl! Allen Jugendlichen müssen ihre Möglichkeiten klar sein. Dies
kann erreicht werden durch Informationstage der Gymnasien für alle, durch "Zukunftstage", an
denen Töchter mit ihrem Vater und Söhne mit ihren Müttern zur Arbeit gehen, und ausgebauten
195 berufsvorbereitenden Unterricht. Lehrer_innen müssen vorurteilsfrei unterrichten und beraten.
Gymnasialempfehlungen müssen überprüfbar und transparent gestaltet werden.
Berufsberatender Unterricht muss sich der Effekte von Migration, Geschlecht und sozialer
Herkunft bewusst sein.

200 In vielen Kantonen besteht weiterhin das Modell der Real- und Sekundarschule, welches
praktisch kein Wechsel zwischen den beiden Schulen ermöglicht und keinem Jugendlichen und
seinen Fähigkeiten entspricht. Die Stufen Sekundar- oder Realschule sollen darum abgeschafft
werden und der Unterricht in Fächern in Leistungsniveaus stattfinden. Ebenfalls soll Raum
geboten werden für heterogenes Lernen mit verschiedenen Leistungsniveaus und ebenfalls in
altersdurchmischten Gruppen. Die Oberstufe wird grundsätzlich integrativ gestaltet. Somit ist die
205 Durchlässigkeit garantiert und die Schule den Fähigkeiten und Neigungen der Einzelnen
angepasst.

Sekundarstufe II: Berufsbildung

Unsere Idee von Bildung und Ausbildung

210 Die Berufsbildung hat heute einen schwierigen Stand gegenüber dem gymnasialen
Bildungsweg. Immer stärker wird der gesellschaftliche und oft auch familiäre Druck auf
Schüler_innen, wenn immer möglich das Gymnasium zu besuchen – auch dann, wenn eine
Berufslehre vielleicht der bessere Bildungsweg wäre. Darum braucht es unbedingt eine
Aufwertung der Berufsbildung. Sie ist nicht nur eine Ausbildung zu einem spezifischen Beruf.
215 Auch sie muss dem Auftrag einer umfassenden Bildung gerecht werden. Deshalb ist die
Allgemeinbildung massiv auszubauen, insbesondere die politische Bildung.

Wichtiger Grundsatz ist auch die Wahlfreiheit: Jugendliche haben das Recht, ihre Ausbildung
frei zu wählen. Bund und Kantone müssen sicherstellen, dass in allen Branchen und Berufen
genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch, dass anständige
220 Arbeitsbedingungen garantiert und gerechte Löhne bezahlt werden. Im letzten Lehrjahr soll der
Lehrlingslohn mindestens die Hälfte des Mindestlohnes der jeweiligen Branche betragen. Laut
der Mindestlohninitiative wären das 2'000 Franken. Überdies muss die Zahl der Ferientage
erhöht werden, damit auch Auszubildende ihre Freizeit flexibel planen und so zum Beispiel aktiv
am Vereinsleben teilnehmen können. Lernende sollen zudem einen höheren Schutz geniessen.
225 Personalkosten dürfen nicht über Lernende tief gehalten werden. Sie sind nicht billige
Arbeitskräfte sondern Auszubildende.

Schon während der Berufslehre muss den Auszubildenden die Möglichkeit gegeben werden,
sich gewerkschaftlich zu organisieren. Dazu muss den Gewerkschaften auch flächendeckender
Zugang zu den Berufsschulen und ein Mitgestaltungsrecht in der Berufsbildung gewährt werden.

⁴ vgl. die Frauenanteile in: Bildungsabschlüsse 2010, Seiten 20-40

230 Ausserdem ist dem Missbrauch der Auszubildenden als billige Arbeitskräfte durch eine stetige, unabhängige Überprüfung der Ausbildungsqualität entgegenzuwirken.

Bildung und Ausbildung von der Gesellschaft garantiert

235 In vielen Branchen und Berufen fehlen Lehrstellen: Von jenen Jugendlichen, die im April 2012 Interesse an einer Berufsbildung bekundeten, hatten im August nur 77% eine Lehrstelle oder Vollzeitberufsschule gefunden. 5% nahmen ein 10. Schuljahr oder ein anderes Brückenangebot in Anspruch, weitere 5% hatten eine andere Zwischenlösung gefunden. 3% dieser fast 100 000 Jugendlichen hatten nichts gefunden und waren arbeitslos (Lehrstellenbarometer, Seite 21). Vor
240 Allem für kaufmännische Berufe, für Informatiklehrstellen oder für den Verkauf interessierten sich weit mehr Jugendliche als Lehrstellen vorhanden sind. Dadurch wird vielen Jugendlichen die Chance verwehrt, den von ihnen gewünschten Bildungsweg einzuschlagen. Hier muss entschieden Gegensteuer gegeben werden. Es ist Aufgabe der Gesellschaft – und damit des Bundes und der Kantone – ausreichend Ausbildungsplätze in sämtlichen Branchen und für
245 sämtliche Berufe zur Verfügung zu stellen. Nicht die Bedürfnisse der Wirtschaft müssen bei der Berufsbildung im Vordergrund stehen, sondern diejenigen der Auszubildenden.

Es sollen insbesondere diejenigen Unternehmen in die Verantwortung genommen werden, welche selber keine Lehrstellen anbieten. Dazu ist ein nationaler Berufsbildungsfonds einzuführen. Wer keine Ausbildungsplätze anbietet, bezahlt in den Fonds ein. Wer seine Verantwortung in der Berufsbildung übernimmt, wird daraus unterstützt.

250

Massnahmen gegen Selektion und Segregation

Insbesondere bei KMU ist das Geschlecht ein Auswahlkriterium bei der Lehrstellenvergabe. Um gegen die geschlechterspezifische Diskriminierung in der Ausbildung anzukämpfen und die
255 alteingesessenen Geschlechterrollen aufzubrechen, müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.

Jugendliche ausländischer Herkunft finden oftmals keine Lehrstelle, weil sie wegen ihrer Herkunft mit Vorurteilen zu kämpfen haben. Um diese Diskriminierung aufgrund der Nationalität zu verhindern, sollen Namen und Nationalität in Bewerbungsverfahren anonymisiert werden.

260 **Sekundarstufe II: Gymnasium**

Unsere Idee von Bildung und Ausbildung

Die gymnasiale Bildung ist nicht nur Vorbereitung zum Studium an einer Hochschule. Auch hier muss ein umfassendes Bildungsangebot vermittelt werden. Gesellschaftlich relevante Fächer wie politische Bildung oder Ethik müssen gestärkt respektive wo nicht vorhanden eingeführt
265 werden.

Auch am Gymnasium muss den Schüler_innen die Möglichkeit offenstehen, sich in Schüler_innenorganisationen selbständig zu organisieren. Eine Einflussnahme auf diese durch die Schulleitung ist unter keinen Umständen zu tolerieren. Überdies müssen die

- 270 Schüler_innenorganisationen über Mitspracherechte verfügen. Schüler_Innen sollen wo möglich Einfluss auf alle Bereiche ihres schulischen Alltags nehmen können. Dies beinhaltet nicht nur den Zielort von Ausflügen, sondern auch beispielsweise die Inhalte von Projektwochen und -tage aber auch die Lektüren im Deutschunterricht.

Bildung und Ausbildung von der Gesellschaft garantiert

- 275 Die Gymnasien stehen unter massivem Spardruck der Kantone. Darum wird auf jede erdenkbare Weise versucht, die Schüler_innenzahlen zu senken. Die Aufnahme in die Gymnasien darf aber nur auf Grund von Fähigkeiten, nicht auf Grund verknappter Platzzahl geschehen.

- 280 Das Gymnasium ist genauso wie alle anderen Schulstufen kostenlos. Materialkosten, Veranstaltungen und Sprachaufenthalte dürfen niemanden von einer gymnasialen Ausbildung ausschliessen.

Massnahmen gegen Selektion und Segregation

- 285 Ähnlich wie in der Sekundarstufe I wird in den Gymnasien die Segregation und die sozioökonomische Selektion weiter verstärkt. In einigen Kantonen ist die Platzzahl beschränkt. Aufgenommen wird also nur, wer zu den Besten gehört, und nicht, wer die Anforderungen erfüllt. Dies führt zu einer ganzen Industrie an privaten Vorbereitungskursen, die sich nur Kinder wohlhabender Eltern leisten können.

- 290 Zusätzlich anfallende Kosten wie beispielsweise für Transport und auswärtige Verpflegung müssen wo nötig mit Stipendien aufgefangen werden.

- 295 Im gymnasialen Alter ist die ungleiche Verteilung der Geschlechter bezüglich Haupt- (und Wahl-)Fächer noch stärker sichtbar. Frauen entscheiden sich öfter für eine Sprache oder Musik als Hauptfach, Männer öfter für Physik und Mathematik⁵. Dabei wird das Interesse an den exakten und den Naturwissenschaften nicht nur durch Fähigkeit, sondern geschlechtstypische, aber falsche Selbsteinschätzung der eigenen Fähigkeiten bestimmt. Die Gymnasien sind in der Pflicht, dagegen vorzugehen – und technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge für Frauen ebenso wie sprachlich-kulturwissenschaftliche Studiengänge für Männer attraktiv zu machen.

⁵ siehe beispielhaft für den Kanton St. Gallen:
http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/Ausgabe_2009/_jcr_content/Par/downloadlist_6/DownloadListPar/download.ocFile/Bildung.pdf

Tertiärstufe

300 Es ist zu begrüssen, dass heute die Möglichkeiten grösser sind, eine tertiäre Ausbildung zu absolvieren als vor fünfzig Jahren. Nichts desto trotz sind wir weit von einem chancengleichen Zugang zur Tertiärstufe entfernt. Ähnliche, aber nicht identische Problemstellungen zeigen sich zwischen den beiden Typen (Tertiär A und Tertiär B).

305 Tertiär A: Hochschulen

Unsere Idee von Bildung und Ausbildung

Die Wissenschaft in ihrer Verantwortung (Zivilklausel)

Öffentliche Bildungsinstitutionen stehen in der Verantwortung zugunsten einer friedlichen und zivilen Gesellschaftsentwicklung zu forschen. Deshalb fordern wir die Einführung einer
310 Zivilklausel im Schweizer Bildungswesen. Die Zivilklausel besagt, dass jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischem Ziel von den Bildungsinstitutionen abgelehnt wird. Militärforschung und Kooperationen mit Militärs oder der Rüstungsindustrie sind grundsätzlich verboten. Forschungsergebnisse dürfen nicht privatisiert werden und sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Zivilklausel ist ein wertvolles Mittel, die Wissenschaft
315 an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern.

Die Hochschulbildung muss kritisches, unabhängiges Denken fördern und fördern. Studienrichtung und Ausbildungsort müssen unabhängig von geschlechterspezifischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten frei wählbar sein. Die Ausbildung jeder Person soll den jeweiligen Fähigkeiten und Interessen entsprechen.

320 Während der kontinuierliche Austausch mit der Berufswelt der umfassenden Qualität einzelner Studiengänge durchaus zuträglich sein kann, ist die Neutralität der Bildung jederzeit zu gewährleisten. Jede übermässige Einflussnahme der Wirtschaft – insbesondere die Errichtung eigener Lehrstühle z.B. durch Unternehmen oder Branchenverbände – ist strikt abzulehnen.

Es muss den Studierenden möglich sein, bereits während dem Studium studienbezogene
325 Praxiserfahrung zu sammeln. Auch für politisches, kulturelles und soziales Engagement muss Platz geboten werden. Dementsprechend muss dem Trend zur Verschulung entgegengewirkt und das Studium wieder flexibler ausgestaltet werden. Utilitarisierungs- und Ökonomisierungstendenzen im Bildungswesen müssen zurückgebunden werden, Bildung ist keine Ware! Statt oberflächlicher Kreditpunktjagd müssen zudem Neugier und solide Arbeit
330 gefördert werden. Falls dies mit dem Bologna-System nicht vereinbar ist, ist eine Reform dessen anzustreben.

Die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Institutionen der tertiären Bildung muss gewährleistet werden.

Die Studierenden müssen sich in von den Hochschulen unabhängigen öffentlich-rechtlichen
335 Körperschaften organisieren können. Diesen Körperschaften muss ein Mitspracherecht in allen studentischen Belangen garantiert werden.

Bildung und Ausbildung von der Gesellschaft garantiert

340 Der Zugang zur tertiären Bildung im Bereich der Hochschulen wird in neuster Zeit immer mehr beschnitten. Studiengebührenerhöhungen sind an der Tagesordnung. Wer also über genug Geld verfügt, kann sich ein Semester à 850 Franken ohne weiteres leisten, für diejenigen, die weniger gut dastehen, bedeutet diese Summe eine ernsthafte Hürde beim Eintritt ins Studium. Darum ist die Abschaffung der Studiengebühren unabdingbar.

345 Noch schwieriger zeigt sich die Situation in den Fächern, welche zusätzlich zu den Studiengebühren einen Numerus Clausus verlangen: Wer in der Schweiz Medizin studieren will, kann sich glücklich schätzen, wenn er oder sie wohlhabende Eltern hat: Die Vorbereitung erfordert Zeit und Geld für die Vorbereitung. Beides steht arbeitenden Jugendlichen oft nicht zur Verfügung. Jegliche Art von nicht fachbezogener Selektion ist abzuschaffen.

350 Um von einem wirklich durchlässigen Bildungssystem sprechen zu können, muss sich noch einiges tun: So muss der Übergang von der Fachhochschule an universitäre Hochschulen und umgekehrt vereinfacht und gefördert werden. Ebenso muss der Übertritt aus einer Tertiär-B-Ausbildung möglich sein. Auch muss die Aufnahme von Berufsmaturand_innen vereinfacht werden.

355 Massnahmen gegen Selektion und Segregation

Des Weiteren ist auch auf tertiärer Stufe das Stipendienwesen ungenügend: es hängt vom Wohnkanton der Eltern ab, wer zu welchen Bedingungen und in welchem Ausmass ein Stipendium erhält. Längst nicht genügend (bedürftige) Studierende erhalten eine staatliche Unterstützung, die es ihnen ermöglicht, nach ihren Fähigkeiten und Interessen zu studieren.

360 Auf dieser Stufe wird finalisiert, was sich seit dem Anfang der Schulzeit strukturell aufgebaut hat: die Ungleichstellung der Geschlechter. Frauen sind in geisteswissenschaftlichen und Care-Studiengängen, wo die Löhne verhältnismässig tiefer sind, übervertreten - bis hin zum Master. Danach nimmt ihr Anteil unter den Doktorierenden markant ab.⁶ Männer hingegen stellen nach wie vor die Mehrheit in naturwissenschaftlichen Studiengängen. Ein blosses Bewusstsein der
365 Unterschiede in Bezug auf Geschlecht und Studiengänge reicht nicht aus; es braucht tatsächliche Massnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter. Die Hochschulen müssen aktiv dagegen vorgehen. Dazu gehören frauenspezifische Förderungsprogramme und die Verbesserung der Vereinbarkeit von akademischer Karriere respektive Studium und Familie, aber auch das gezielte Ansprechen junger Frauen und Männer für ihr Geschlecht untypische
370 Studiengänge.

Ebenso zeigen sich die Auswirkungen der sozialen Herkunft: 46% der Eltern der Universitätsstudierenden haben selbst studiert, an den Fachhochschulen sind es immer noch 30% (Studieren unter Bolgna, Seite 33/34) – in der Gesamtbevölkerung haben nur 24.7% einen Hochschulabschluss⁷. Studierende aus bildungsfernem Elternhaus wählen eher ein
375 Fachhochschulstudium. Die viel gepriesene Durchlässigkeit des Schweizer Bildungssystems existiert hier nicht.

⁶ vgl. beispielhaft die Universität Bern:

http://www.gleichstellung.unibe.ch/content/gleichstellung_an_der_uni/zahlenfakten/vertikale_segregation/index_ger.html

⁷ vgl. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/00/09/blank/ind42.indicator.420015.420004.html>

Tertiär B: Höhere Fachschulen, Berufs- und höhere Fachprüfungen

Unsere Idee von Bildung

380 Der Tertiär-B-Bereich ist immens wichtig: Er ermöglicht auch all jenen, die sich gegen eine Hochschule entschieden haben, sich auf hohem Niveau in ihrem Beruf weiterzubilden oder gar in einen anderen Beruf zu wechseln. Damit ermöglicht er im besten Fall einen gewissen Ausgleich vorheriger Ungerechtigkeiten und trägt dazu bei, dass alle ihre Fähigkeiten und Interessen vertiefen können.

385 Gleichzeitig unterscheidet er sich aber massiv von allen oben genannten Bildungsstufen: Denn er ist weitgehend privatisiert und wird weitgehend privat, das heisst: durch die Arbeitgeber und/oder die Angestellten, bezahlt.

Tertiäre Berufsbildung muss allen offen stehen.

Bildung von der Gesellschaft garantiert

Aus- und Weiterbildung muss während dem gesamten Berufsleben möglich sein. Dafür muss der Staat sorgen: Es darf nicht sein, dass in Wirtschaftskrisen Unternehmen nichtmehr in die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investieren und dass Arbeitnehmende keine Weiterbildung besuchen können, weil die Kosten zu hoch sind. Deshalb muss sich die öffentliche Hand stärker als bisher in der höheren Berufsbildung engagieren. Ein Vorschlag des SGB fordert einen Bildungsgutschein für jede_n Lehrabgänger_in über 5000 Franken⁸.

395

Massnahmen gegen Selektion und Segregation

400 Auch im Tertiär-B-Bereich muss das Stipendienwesen harmonisiert werden, damit das Einkommen niemanden abhält.

Damit Eltern nicht benachteiligt werden, muss die Vereinbarkeit mit Familienpflichten verbessert werden. Beispielsweise sollte die Schulzeit nicht einfach auf den Samstag verlegt und somit eine 6-Tage-Woche impliziert werden. Gleiches gilt für all jene, die neben Beruf und Weiterbildung andere Pflichten haben.

405 Die Aufnahmekriterien müssen sinnvoll gestaltet werden. Im Zweifelsfall sollte der feine Grat zwischen hohen Anforderungen und Durchlässigkeit im Sinne der Arbeitnehmenden bewertet werden.

410 Zudem fehlt es oft an Durchlässigkeit in den Tertiär-A-Bereich. Dabei können vor allem Fachhochschulen, aber auch ETH und Universitäten in Forschung wie Lehre von Personen mit einer beruflichen Weiterbildung profitieren.

⁸ vgl.

[http://www.sgb.ch/index.php?id=216&L=0&tx_ttnews\[tt_news\]=467&cHash=5c19f74690382fcf714f6dd79a637fce](http://www.sgb.ch/index.php?id=216&L=0&tx_ttnews[tt_news]=467&cHash=5c19f74690382fcf714f6dd79a637fce)

Daten:

- Bourdieu, Pierre (2001): Wie die Kultur zum Bauern kommt. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (2012): Lehrstellenbarometer August 2012. Kurzbericht.
- 415 ▪ Bundesamt für Statistik (2011): Bildungsabschlüsse 2010. Sekundarstufe II und Tertiärstufe.
- Bundesamt für Statistik (2009): Studieren unter Bologna
- 420 ▪ Bundesamt für Statistik & Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (2003): Pressemitteilung. PISA 2000 – Kompetenzmessung bei den 15-Jährigen. Lesekompetenz – Bildung und Beruf der Eltern entscheidend – viel stärker als in anderen Ländern.
- Fehr, Jacqueline (2009). Schule mit Zukunft. Plädoyer für ein modernes Bildungswesen. Zürich: Orell Füssli Verlag.
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=4107>
- 425 <http://www.pisa.admin.ch/bfs/pisa/de/index/04/01.html?pressID=2429>
<http://www.skbf-csre.ch/fileadmin/files/pdf/bildungsmonitoring/epaper-bildungsbericht2<010de/index.html#/12>
http://www.swissinfo.ch/ger/archiv/Secondos_bei_Stellensuche_diskriminiert.html?cid=3602300
- 430 ▪ Imdorf, Christian (2012): Ausbildungsstellenvergabe im Autogewerbe: Die betriebliche Bedeutung des Geschlechts. Erscheint in Manfred Max Bergman, Sandra Hupka-Brunner, Thomas Meyer und Robin Samuel (Hg.): Bildung – Arbeit – Erwachsenwerden: Ein interdisziplinärer Blick auf die Transition im Jugend- und jungen Erwachsenenalter. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- 435 ▪ Imdorf, Christian (2012): Die Bedeutung von Schulqualifikationen, nationaler Herkunft und Geschlecht beim Übergang von der Schule in die betriebliche Berufsausbildung
- Kesselring, Thomas (2012): Handbuch Ethik für Pädagogen. Grundlagen und Praxis. Darmstadt: WGB
- Secondos bei Stellensuche diskriminiert
- 440 ▪ SKBF (2011): Bildungsbericht